Bezugs-Preis
in der Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Fernsprecher 222
Hauptfiliale Dresden: Marienstraße 34. Fernsprecher Amt I Nr. 1713.
Hauptfiliale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition
ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig
(Inh. Dr. R., M. & W. Klinkhardt).

Nr. 109. Mittwoch den 1. März 1905. 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Leipziger Studentenschaft hat in einer an den Rektor gerichteten Resolution ihr tiefstes Bedauern über das Vorgehen der akademischen Behörden in Hannover ausgesprochen. (S. Leipziger Angelegenheiten.)

* Der deutsch-österreichische Handelsvertrag tritt infolge eines Zusatzabkommens endgültig am 1. März 1906 in Kraft. (S. Deutsches Reich.)

* Die Frage einer allgemeinen Neuregelung der Sonntagsruhe wird im Reichsamt des Innern bearbeitet. (S. Reichstagsber.)

* Im österreichischen Abgeordnetenhaus interpellieren die deutschen Parteien wegen der vom Polenklub und vom Ministerpräsidenten nach der Rede des Herrn v. Rheinbaben eingeleiteten Aktion. (S. Letzte Depeschen.)

* Durch amtliche Bekanntmachung sind in Warschau Kriegsgesetz und kriegsgerichtliche Aburteilung für alle Vergehen gegen den Belagerungszustand eingeführt worden. (S. den Artikel.)

* Seit gestern ist der Verkehr mit Rußland auf der Strecke Thorn-Alexandrowo-Warschau in vollem Umfange wiederaufgenommen worden.

* Auf der Licksternwarte in Newyork wurde ein siebenter Jupitermond entdeckt. (S. Aus aller Welt.)

Das hannoversche Welfentum.

In einem Telegramm an die hannoverschen Krieger hat der Kaiser dieser Tage die Unauflöslichkeit der Vereinigung Hannovers mit Preußen in Erinnerung gebracht, wohl in der Absicht, damit auf die Aussichtslosigkeit der welfischen Hoffnungen und Bestrebungen aufmerksam zu machen. Nach welfischer Auffassung ist die 1866 vollzogene Einverleibung des ehemaligen Königreichs Hannover in Preußen ein Unrecht, das so bald als möglich wieder gut gemacht werden sollte.

Die Schuld an diesem angeblichen Unrecht tragen aber gerade diejenigen, die von Anfang an den Kern des Welfentums gebildet haben und heute noch das treibende und führende Element in der welfischen Agitation bilden: der ritterschaftliche Adel des ehemaligen welfischen Königreichs und seine Nachkommenschaft in Verbindung mit der lutherischen Orthodoxie der Hannoverschen Landeskirche. Jene „Ritter" waren es, die im Jahre 1866 von dem Einflusse, den ihnen Geburt, Stellung und Besitz verliehen, keinen patriotischen Gebrauch machten, sondern aus Mangel an deutschem Nationalgefühl und an Verständnis für deutsch-nationale Interessen sowohl wie für das Interesse ihres eigenen Landes und ihres angestammten Herrscherhauses den blinden König Georg V. in seinem Widerstande gegen die preußischen Forderungen und in seinem dynastischen Stolze bestärkten und so den Zusammenbruch des hannoverschen Königtums mit verschuldeten.

Einer politischen Notwendigkeit gehorchend, vollzog Preußen auf Grund seines Eroberungsrechtes die Einverleibung Hannovers. Die Einführung der preußischen Verfassung und Verwaltung beraubte nun den ritterschaftlichen Adel seiner durch den Verfassungsbruch König Georgs V. vom 16. Mai 1855 wiedererlangten Standesrechte. Aus Aerger und Erbitterung hierüber gründeten die Junker die „Deutsch-Hannoversche Partei", als deren Ziel bezeichnet wurde: „Die Selbständigkeit des Vaterlandes auf gesetzlichem Wege und die damit verbundene Zurückführung des angestammten Königshauses." Angeblich geschah dies „aus Anhänglichkeit an das angestammte Königshaus", die Vermutung liegt indes nahe, daß diese „Anhänglichkeit" für die eigentlichen Begründer und Führer der Welfenpartei nur das Lockmittel gewesen ist und heute noch ist, um unter den der preußischen Herrschaft abgeneigten Bevölkerungskreisen Hannovers mit Unterstützung der um die Selbständigkeit der hannoverschen Landeskirche besorgten orthodoxen lutherischen Geistlichkeit in erfolgverheißender Weise Stimmenfang für politische Wahl zu treiben.

Vor 1866 dachte das hannoversche Junkertum nicht im entferntesten daran, mit dem Bürgertum oder gar mit dem kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden politischer Angelegenheiten wegen in irgendwelche Beziehungen zu treten. Es hatte dies ja auch nicht nötig. Das welfische Königtum schützte es mit Hülfe des Frankfurter Deutschen Bundestages in seinen Vorrechten und Ansprüchen und trug dabei nicht einmal Bedenken, sich im Interesse der Junker des Verfassungsbruches schuldig zu machen. Den Weg zum eigentlichen Ziele dieses Verfassungsbruches, der Wiederherstellung der alten ständischen Verfassung mit ihren Provinziallandtagen, verlegten den Rittern die Ereignisse von 1866. Die Gründung der Deutsch-Hannoverschen Partei war der Protest gegen die preußische Einverleibung und zugleich das Mittel, dem hannoverschen Junkertum die Möglichkeit zu verschaffen, unter den neuen Verhältnissen eine politische Rolle zu spielen. Es war aber nun auch gezwungen, in Beziehungen zu Bevölkerungskreisen zu treten, auf die es bisher in stolzer Geringschätzung herabgeblickt hatte. Daher die widerliche Erscheinung innerer Unwahrhaftigkeit und fanatischen Demagogentums in der welfischen Agitation.

Im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes treten die welfischen Abgeordneten aus Hannover als Gegner der Regierung auf, weshalb sich die konservative Fraktion, die sie ursprünglich als Gäste zu ihren Versammlungen eingeladen hatte, veranlaßt sah, von diesen Einladungen wieder Abstand zu nehmen. Im ersten und einzigen ordentlichen norddeutschen Reichstage erschienen die Welfen ebenso wie im preußischen Abgeordnetenhause unter Führung von Windthorst, der „Perle von Meppen", in enger Beziehung zur klerikalen und partikularistischen Opposition. Bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstage von 1871 unterstützten Welfen und Ultramontane bereits einander in der Bekämpfung nationaler Kandidaten. Diese Bundesgenossenschaft trat bei späteren Wahlen immer deutlicher hervor, und 1877 wurde das Wahlbündnis zwischen den lutherischen Welfen und der römisch-katholischen Zentrumspartei förmlich abgeschlossen. Die innere Unwahrhaftigkeit des Welfentums trat dabei in recht häßlicher Gestalt zu Tage durch ein Flugblatt, das der welfische Wahlverein verbreitete, um etwaige Bedenken seiner lutherischen Anhänger gegen das ultramontane Wahlbündnis durch die Behauptung zu zerstreuen: „Alle Protestanten, die noch an unsern Heiland Jesum Christum glauben, müssen Hand in Hand und Fuß an Fuß mit den Ultramontanen kämpfen. Gemeinsame Interessen bedingen gemeinsames Handeln."

Aus dieser Behauptung spricht dieselbe vollendete innere Unwahrheit wie aus dem welfischen Verlangen nach Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers und Zurückführung des angestammten Königshauses „auf gesetzlichem Wege". Denn so naiv ist doch niemand, zu glauben, daß dieses Verlangen „auf gesetzlichem Wege" jemals befriedigt werden könnte. Aber diese antinationale Hoffnung, deren Erfüllung, wenn sie jemals möglich wäre, das Ende des deutschen Reiches und den Verfall des preußischen Staates bedeuten würde, hat in Verbindung mit partikularistischen und orthodoxkirchlichen Bestrebungen die unnatürliche Bundesgenossenschaft zwischen Welfentum und Ultramontanismus geschaffen und bis heute aufrecht erhalten.

Diese Erwägungen ergeben zugleich, was von dem nationalen Mäntelchen zu halten ist, unter dem das Welfentum seine reichsfeindlichen Bestrebungen zu verbergen sucht, indem es in seine offizielle Parteibezeichnung das Wörtchen „deutsch" aufgenommen hat. Sehr zutreffend hat sich Fürst Bismarck über das Hannoversche Welfentum in seinen „Gedanken und Erinnerungen" geäußert, wo er Band I, Seite 294 schreibt:

„Ich habe ein volles Verständnis für die Anhänglichkeit der heutigen welfischen Partei an die alte Dynastie, und ich weiß nicht, ob ich ihr, wenn ich als Alt-Hannoveraner geboren wäre, nicht angehörte. Aber ich würde auch in dem Falle immer der Wirkung des nationalen deutschen Gefühls mich nicht entziehen können, und mich nicht wundern, wenn die vis major der Gesamtnationalität meine dynastische Mannestreue und persönliche Vorliebe schonungslos vernichtete. Die Aufgabe, mit Anstand zu Grunde zu gehen, fällt in der Politik, und nicht bloß in der deutschen, auch andern und stärker berechtigten Gemütsregungen zu, und die Unfähigkeit, sie zu erfüllen, vermindert einigermaßen die Sympathie, welche die luxbraunschweigische Vasallentreue mir einflößt. Ich sehe in dem deutschen Nationalgefühl immer die stärkere Kraft überall, wo sie mit dem Partikularismus in Kampf gerät, weil der letztere, auch der preußische, selbst doch nur entstanden ist in Auflehnung gegen das gesamtdeutsche Gemeinwesen, gegen Kaiser und Reich, im Abfall von beiden, gestützt auf päpstlichen, später französischen, in der Gesamtheit welschen Beistand, die alle dem deutschen Gemeinwesen gleich schädlich und gefährlich waren. Für die welfischen Bestrebungen ist für alle Zeit ihr erster Merkstein in der Geschichte, der Abfall Heinrichs des Löwen vor der Schlacht bei Legnano, entscheidend, die Desertion von Kaiser und Reich im Augenblick des schwersten und gefährlichsten Kampfes, aus persönlichem und dynastischem Interesse. Dynastische Interessen haben in Deutschland insoweit eine Berechtigung, als sie sich dem allgemeinen nationalen Interesse anpassen. . . . So weit aber die dynastischen Interessen uns mit Zersplitterung und Ohnmacht der Nation bedrohen sollten, müßten sie auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Das deutsche Volk und sein nationales Leben können nicht unter fürstlichen Privatbesitz verteilt werden."

K.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Das Pferdematerial unserer „Südwestafrikaner".

Die Nachrichten, die aus Deutsch-Südwestafrika über das Pferdematerial nach Deutschland gelangt sind, lassen diese Angelegenheit in trübstem Lichte erscheinen. Nach allen bisher gemachten Erfahrungen haben sich unsere „Ostpreußen" drüben nicht bewährt. Bei einzelnen Detachements beträgt der Verlust von eingegangenen und unbrauchbar gewordenen Pferden bis 70 v. H. Zieht man diesen Umstand in Erwägung und bedenkt man, daß bei dem gegenwärtigen Feldzuge das Schwergewicht in einer leicht beweglichen, also berittenen Truppe liegt, so wird man unschwer erkennen, daß einzelne Mißerfolge und die allzu langsamen militärischen Aktionen bei der Verfolgung des geschlagenen Feindes gerade auf das ungeeignete Pferdematerial zurückzuführen sind. Was die Militärverwaltung veranlaßt hat, ostpreußische Pferde nach Afrika zu senden, ist nicht zu erkennen. So viel steht aber nach der „Voss. Ztg." fest, daß er ein sehr kostspieliger Versuch war. Unverständlich bleibt, daß man keine Versuche mit mexikanischen Pferden machte, zumal die Engländer im Burenkriege so günstige Erfahrungen damit gemacht haben. Damals kaufte England rund 1000 Mexikaner; das einzelne Tier stellte sich loko Tampico, dem Ausfuhrhafen, auf 440 Dollar. Hierzu kamen noch 20 Dollar Transportkosten bis Südafrika, sodaß ein Pferd 1280 ℳ einschließlich sämtlicher Spesen kostete. Unter den heutigen Verhältnissen dürfte sich ein mexikanisches Pferd etwa um 30 v. H. billiger stellen, und da unserer Regierung ein Ostpreuße in Afrika über 1100 ℳ kostet, so wäre durch den Ankauf von Mexikanern manche Million erspart worden. Die Vorzüge, die die Mexikaner vor den Ostpreußen in Afrika unzweifelhaft besitzen, lassen sich in folgendem zusammenfassen. Die klimatischen und Bodenverhältnisse in Mexiko ähneln sehr denen von Deutsch-Südwestafrika. Heiße Tagesstunden und kühle Nächte bei felsigem unwegsamen Gelände. In Wartung und Futter sind die ostpreußischen Pferde bedeutend anspruchsvoller als die amerikanischen, und bei einem eisenharten Huf dürften letztere in der Ueberwindung von Anstrengungen kaum von unseren Ostpreußen erreicht, geschweige denn übertroffen werden. Wenn auch das Temperament lebhafter als das der Ostpreußen ist, so dürfte dies doch kaum ein Hinderungsgrund sein, denn reiten müssen unsere Truppen zum größten Teil doch erst lernen. Im übrigen wird die Seefahrt die feurigsten Tiere lammfromm machen, wie das die Erfahrung bestätigt. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß unsere Regierung Versuche mit amerikanischem Pferdematerial machte, da die Ostpreußen gänzlich versagten.

Die Kriegslage.

Die neuesten Meldungen lassen die Kriegslage in Deutsch-Südwestafrika in einem noch wenig günstigen Lichte erscheinen. Die Arbeit, die der Höchstkommandierende noch im Süden zu verrichten hat, dürfte seine Abreise nach der „Nat.-Ztg." weit hinausschieben. Sehr zu statten kommt es dem General, daß sein Gesundheitszustand — entgegen anderen Meldungen — ein ausgezeichneter ist und ihm erlaubt, die Typhuskranken in den Lazaretten zu besuchen.

Eine Unterredung mit Frau v. Burgsdorff.

Die Witwe des ermordeten Hauptmanns v. Burgsdorff äußerte sich einem Mitarbeiter des „L.-A." gegenüber über den Witboiaufstand. „Glauben Sie mir", sagte Frau v. Burgsdorff, „mein Mann würde jenen unglücklichen Ritt sicher nicht unternommen haben, wenn er wirklich eine direkte Kriegsansage Hendrik Witbois erhalten hätte. Er kannte die Gebräuche der Schwarzen viel zu gut. Aber die Sache verhielt sich anders, als damals berichtet wurde. Am 3. Oktober, als wir gerade beim Nachmittagskaffee saßen, ließen sich der Unterkapitän Samuel Isak und der Kirchenälteste Petrus Jot melden. Sie erzählten, daß der alte Hendrik sich in schlechten Händen befinde und daß nur mein Mann ihn umzustimmen vermöge. Sie zeigten einen Zettel, auf welchem in holländischer Sprache stand:

„Wagt Ihr Leute nicht, hierher zu kommen, Ihr werdet mich nicht umstimmen. Man hat den Oberbefehl über den Süden unserm Hauptmann genommen. Es kommt eine höhere große Gewalt ins Land. Der Herr hat mich geschickt, unser Volk zu erlösen. Ruft daher sämtliche Herros des Namalandes auf, mein Volk zu unterstützen. Hendrik Witboi."

„Nur Du", sagten Samuel Isak und Petrus Jot zu meinem Manne, als er den Brief gelesen, „bist derjenige, der unsern Kapitän auf andere Dinge bringen kann." Mein Mann sagte darauf entschlossen: „Kommt beide mit mir!" Diese erwiderten: „Wir dürfen nicht, wir fürchten uns, Hendrik wird uns erschießen lassen." „Kommt mit," sagte mein Mann, „ich übernehme Euren Schutz." Als das Pferd gesattelt war und alle drei sich zum Gehen anschickten, bat ich meinen Mann, er möge den Kapitän Deck mitnehmen; das lehnte er ab: „Wenn Gefahr für mich besteht, dann können mir alle Decks der Welt nicht helfen", sagte er und ritt fort.

Erst nachträglich kam Frau v. Burgsdorff der Gedanke, es sei eigentümlich, daß der Brief Hendriks an die beiden Schwarzen ganz gegen den sonstigen Gebrauch in holländischer statt in der Namaqua-Sprache geschrieben war, die Burgsdorff nicht lesen konnte, und es stieg in der Frau der Verdacht auf, daß der Brief nur den Zweck hatte, den Hauptmann fortzulocken. Herr v. Deck stimmte ihr bei und rief ohne Säumen alle Weißen in die Feste. Das war ein Glück, denn wie sich herausstellte, hatte wirklich die Absicht bestanden, alle Weißen zu ermorden.

Die letzten Weißen, denen Hauptmann v. Burgsdorff auf seinem Ritt begegnete, waren Buren. „Ihr kommt direkt aus Marienthal", redete sie der Hauptmann an, „mir ist gesagt worden, daß sich dort große Massen von Eingeborenen zusammenrotten und daß die Bevölkerung sehr unzuverlässig ist, habt Ihr davon etwas gemerkt?" Diese erklärten: „Dort ist alles so, wie immer".

Auf die vor einiger Zeit durch die Presse gegangene Nachricht, daß Hendrik Witboi und Samuel Isak die ihnen vom deutschen Kaiser verliehenen goldenen Medaillen zu Geld gemacht und vertrunken hätten, erklärte Frau v. Burgsdorff: „Meinem Manne war die Ankündigung der Verleihung der Medaillen zugegangen, die er den Genannten später übergeben sollte. Er berief Hendrik Witboi und Isak zu sich und benachrichtigte sie von der Verleihung. „Hast Du auch etwas bekommen?" fragte Hendrik. „Ja, den roten Adlerorden". Sie wollten ihn sehen, aber mein Mann erklärte ihnen, daß er ihn nur erst auf dem Papier habe. „Sobald sie eingetroffen sind, sollt Ihr die Orden erhalten, und dann werde ich mit Euch mit Champagner anstoßen". Dazu kam es nicht — keiner gelangte in den Besitz der Orden.

Auch eine weitere Blättermeldung, Hauptmann v. Burgsdorff habe kurz vor seinem Tode an Hendrik Witboi 200 Gewehre und Munition zur Ausrüstung seiner Leute geschickt, erklärte Frau v. Burgsdorff für absolut unrichtig mit dem Bemerken, daß sich ähnliches genau ein Jahr früher ereignet hätte, als Hendrik Witboi als Verbündeter gegen die Bondelzwarts ins Feld zog.

Die Krisis in Russland.

Der Bahnverkehr.

Aus Illowo (Ostpreußen) wird gemeldet: Der Bahnverkehr Mlawa-Warschau ist seit gestern eingestellt. Güter werden von der Station Mlawa nicht angenommen.

Kriegsgesetz in Warschau.

Wegen der zahlreichen Angriffe, die von bewaffneten Personen auf Polizeiagenten ausgeführt werden, ist, wie aus Warschau gemeldet wird, angeordnet worden, daß alle, die gegen die Sondervorschriften über den verstärkten Schutz sich vergehen, durch Kriegsgerichte nach dem Kriegsgesetz abgeurteilt werden sollen.

Der russisch-japanische Krieg.

„Herakles".

Die „Central News" erfahren: Die Japaner kauften den Bergungsdampfer „Herakles" der Neptungesellschaft in Stockholm an. Der Dampfer liegt augenblicklich in Marseille und wird sofort mit schwedischer Besatzung nach Nagasaki gehen, von wo er nach Port Arthur dampft, um dort die versenkten russischen Kriegsschiffe zu heben. Die schwedische Besatzung wird diese Arbeit ausführen. „Herakles" ist mit 32 000 Pfrl. versichert. Da gerade die russischen Flotten unterwegs sind, so muß bei der Ueberführung des Dampfers die größte Vorsicht beobachtet werden.

Von der Front.

Die Londoner Blätter fahren fort, sich aus der Mantschurei melden zu lassen, daß die Russen, falls sie der japanischen Umgehungsbewegung nicht bald mit Erfolg entgegentreten, eine neue schwere Niederlage erleiden müssen. Man erwarte, daß Kuropatkin die Stellung, die er bis jetzt am Schaho inne hatte, aufgeben und nach einer Niederlage versuchen wird, entweder Mukden zu halten oder sich ohne allzugroße Verluste nach Tieling zurückzuziehen. — Ein Telegramm Kuropatkins an den Zaren vom 27. Februar meldet: Zwei Bataillone Infanterie und Kavallerie der Japaner rückten im Westen des Dorfes Hanfiniong vor. Alle Angriffe, die zehnmal wiederholt wurden, wurden abgeschlagen. Auch am 27. wurde der Angriff erneuert und zurückgeschlagen. Hundert japanische Leichen lagen in der Nähe unserer Stellungen. Wir verloren sechs Mann. — Der Korrespondent des „Reuterschen Bureau" bei der Armee Kurokis meldet unter dem 27. Februar, daß die Japaner jetzt eine Stellung einnehmen, die sich ungefähr vom Hunho bis zu einem Punkt einige Meilen östlich von Taitse erstreckt.

Deutsches Reich.

Leipzig, 28. Februar.

* **Die Staffelung der Maschinenzölle.** Wie der Schweizer Bundesrat in der Begründung des Handelsvertrags mit Deutschland mitteilt, hat er sich alle Mühe gegeben, Deutschland zu einem Verzicht auf die Staffelung der Maschinenzölle zu bewegen, wobei auch schweizerischerseits diese Staffelung in Wegfall kommen sollte. Das ist ihm nicht gelungen, weil deutscherseits auf diese Staffelung bestanden wurde. Es ist möglich, daß in diesem Falle der Schaden auf schweizerischer Seite noch etwas größer ist, als auf deutscher Seite, wenngleich zwar unsere Einfuhr von Maschinen aus der Schweiz kaum halb so groß ist, wie unsere Ausfuhr dorthin. Aber wenn unsere Maschinenindustrie die Gesamtbilanz namentlich auch Oesterreich gegenüber ziehen wird, das nach deutschem Muster auch die Staffelung der Maschinenzölle eingeführt hat, so wird sich in den Kreisen der deutschen Maschinenindustrie sicherlich keine Befriedigung über den Erfolg dieser Staffelung im deutschen Zolltarife kundgeben. Was nach Deutschland von Maschinen eingeführt wird, sind, abgesehen von landwirtschaftlichen und Werkzeugmaschinen, im wesentlichen Spezialitäten, häufig Patente, die in Deutschland bisher eben nicht ausgeführt werden und die deshalb auch trotz der durch die Staffelung herbeigeführten höheren Zölle auch weiterhin eingeführt werden dürften. Der Absatz ins Ausland wird ihr aber durch die erhöhten Zollschranken des letzteren wesentlich erschwert; zumal da es sich bei unserer Ausfuhr gar nicht etwa vorwiegend um Spezialitäten handelt. Zu spät wird jetzt die deutsche Maschinenindustrie, die in ihrer berufenen Vertretung für die Staffelung der deutschen Zölle eingetreten war, und alle Warnungen in den Wind schlug, sich sagen müssen:

Was du nicht willst, daß dir geschieht,
Das tu auch keinem andern nicht.

* **Die „Grenzboten" und der Evangelische Bund.** In der Monatskorrespondenz f. d. Mitgl. d. Ev. Bund. (Märznummer) wird ein Schreiben des Schneeberger Gymnasialoberlehrers Dr. Fritz Friedrich abgedruckt, das dieser vor längerer Zeit an die Redaktion der „Grenzboten" gerichtet hat, ohne daß es dort veröffentlicht worden wäre. In diesem Schreiben heißt es:

„Ich schicke voraus, daß ich mich von jeder konfessionellen Engherzigkeit frei weiß, in der Aufhebung des § 2